



Die Krise der Demokratie und der Parteienstaat als Verfallserscheinung der Republik

»Der Parteienstaat ist die Verfallserscheinung der Republik, bekannt schon aus dem Niedergang der römischen Republik. ... Immer herrschen wenige über viele.«⁸³²

Staatsrechtler Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider

»Die Parteien haben sich die rechtsstaatliche öffentliche Verwaltung zur Beute gemacht und setzen nach Belieben das Spitzenpersonal ein und feuern es wieder.«⁸³³

Rainer Wendt, seit 2007 Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund

»Auf Ermittlungen Einfluss zu nehmen, weil deren mögliches Ergebnis politisch nicht opportun erscheint, ist ein unerträglicher Eingriff in die Unabhängigkeit der Justiz.«⁸³⁴

Harald Range als damaliger Generalbundesanwalt am 4. August 2015. Er wurde vom Bundesjustizminister Heiko Maas entlassen. Staatsanwälte, auch Generalbundesanwälte, sind weisungsgebunden gegenüber der Politik. Selbst die Tageszeitung *Die Welt* schrieb: *»Denn Range räumte mit einem Märchen auf, das alle Justizminister, ob im Bund oder in den Ländern, gern und immer wieder erzählen: das Märchen von der politischen Unabhängigkeit der Staatsanwälte.«⁸³⁵*

832 Karl Albrecht Schachtschneider, *Die nationale Option: Plädoyer für die Bürgerlichkeit des Bürgers*, Rottenburg 2017, Seite 68 bis 71

833 Rainer Wendt, *Deutschland in Gefahr*, Rivarverlag, München 2016, Seite 72

834 Erklärung des Generalbundesanwalts zu den Ermittlungen wegen der möglicherweise strafbaren öffentlichen Bekanntgabe eines Staatsgeheimnisses, 30./2015, 4. August 2015
<http://www.generalbundesanwalt.de/de/showpress.php?themenid=17&newsid=560>

835 *Die Welt*, Zäsur in der Justiz: Range räumte mit einem Märchen auf, 9. August 2015
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article144979267/Range-raeumte-mit-einem-Maerchen-auf.html>

»Eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft wäre es, unser Parteiensystem abzuschaffen. Ich stimme Gabor Steingart zu, der sagt, ein wesentlicher Grund für unsere Reformunfähigkeit liege im Parteiwesen. Das Problem ist, dass Parteien sich nicht selbst abschaffen werden. Parteien sind Selbsterhaltungssysteme geworden.«⁸³⁶

Richard David Precht im Cicero-Interview

Die Demokratie steht vor einer großen Krise und wir wollen die unübersehbaren Warnsignale zur Sprache bringen. Die heutige politische Klasse verschließt ihre Augen davor und will die Gestaltung des Wahlrechts weiterhin in ihrem Sinne zum Zwecke des Machterhalts nutzen. Warum die große Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland und für die Europäische Union nur mit einem radikalen Umsteuern in der demokratischen Beteiligung des Volkes gebannt werden kann, verdeutlichen auch die folgenden Feststellungen.

Nochmals sollten wir uns vorab die Worte von Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof, Vizepräsident des deutschen Bundesverfassungsgerichts von März 2010 bis November 2018, über die EU-Kommission vor Augen führen: **»Ihre Distanz zu den Völkern verleitet sie, Richtlinien zu erlassen, die sofort geltendes Recht werden, aber erst innerhalb von drei Jahren in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Wenn nationale Umsetzungsgesetze dann etliche Jahre später auf Empörung in den Mitgliedsstaaten stoßen, verweist Europa auf eine längst schon geltende Rechtslage und jeglicher Protest dagegen verpufft. Die Taktik der unbemerkten Bildung bindenden Rechts ist nicht Zufall, sondern hat Methode. Diese Technik weicht aber dem Volkswillen aus und schleicht europäische Regeln in nationale Rechtsordnungen ein.«⁸³⁷** (Hervorhebung durch den Autor)

Der Staatsrechtler Prof. Karl Albrecht Schachtschneider stellt treffend zum reinen Parteiensystem fest: **»Die Parteien sind im Wahlrecht privilegiert, das Fraktionswesen des Parlamentsrechts ist auf die Parteien ausgerichtet, sie werden weitgehend vom Staat finanziert, ihnen mangelt die innere Demokratie, zumal der innere Grundrechtsschutz, sie betreiben Ämterpatronage, sie unterlaufen die Gewaltenteilung, sie bewirken eine Negativauslese in den Ämtern des Staates,**

836 Christine Eichel, Cicero, Richard David Precht: "Schafft die Parteien ab!" <https://www.cicero.de/kultur/%E2%80%99Eschafft-die-parteien-ab%E2%80%9C/39869>

837 Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof, FAZ, Demo-crazy? - Es gibt neue Risiken für die Demokratie. Die EU ist vom Volk noch weit entfernt. Volksabstimmungen könnten das ändern, 21. Dezember 2017, Seite 7

sie verbünden sich mit den Mächtigen in der Wirtschaft und in den Medien und vieles mehr.«⁸³²

In den Parteien gibt es in der Regel keine Basisdemokratie, sondern Delegiertenparteitage. Dadurch sind bei Bundesparteitag aller Parteien nahezu ausschließlich Parteifunktionäre und Abgeordnete aus der Bundestagsfraktion dabei. Sie alle unterliegen dem parteilichen Führungs- und Gefolgschaftsprinzip. Viele bewegen sich im Windschatten der Mächtigen und werden zu funktionierenden Parteisolddaten der Parteispitze. Im Dezember 2016 stimmte der CDU-Bundesparteitag in Essen mit 319 gegen 300 Delegiertenstimmen dafür, die sogenannte Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern wieder einzuführen. Der Antrag richtete sich also gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und forderte ein klares Bekenntnis der jungen Menschen. Geändert hat sich nichts und Angela Merkel lehnte für die damalige Legislaturperiode Änderungen unmittelbar nach dem Beschluss des Parteitages ab. Auch in der gegenwärtigen Legislaturperiode seit Oktober 2017 änderte sich nichts. Merkel setzte sich einfach über ihren Bundesparteitag mit den Worten hinweg: *»Ich glaube auch nicht, dass wir einen Wahlkampf über den Doppelpass machen, wie wir das früher mal gemacht haben.*«⁸³⁸

Immer herrschen eben wenige über viele. Heute werden bestenfalls vom Koalitionsausschuss Entscheidungen getroffen, dem die Parteivorsitzenden, die Fraktionsvorsitzenden und parlamentarischen Geschäftsführer angehören und nicht mehr. Bei wichtigen Fragen wie der Euro-Rettung sind aber ganz andere Kreise als Entscheider im Spiel.

Erinnern Sie sich noch an das Euro-Krisenjahr 2010, als die Griechenland-Krise hochkochte? Am **25. März 2010** einigten sich damals die EU-Regierungschefs auf die Rettung des Landes. Selbst die FAZ schrieb am **26. April 2010** nach der plötzlichen Rettung Griechenlands durch Deutschland: *»Noch vor kurzem forderte Frau Merkel, reformunwillige Krisenstaaten müssten aus der Euro-Zone ausgeschlossen werden können.*«⁸³⁹ Heute sei dies für Merkel undenkbar. Die Zeitung äußert dann, die NRW-Wähler könnten die CDU dafür abstrafen.

838 Die Zeit, Merkel lehnt Parteitagsbeschluss zum Doppelpass ab, 7. Dezember 2016
<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-12/staatsbuergerschaft-cdu-parteitag-integration>

839 Holger Steltzner, FAZ, Angela Merkels griechische Wette, 26. April 2010
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/finanzhilfe-angela-merkels-griechische-wette-1964446.html>

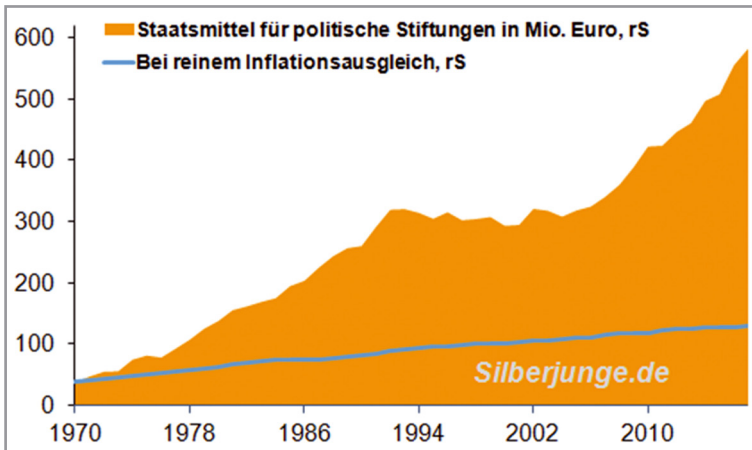
Wie kam es zum Umfallen Merkels? 2014 berichtete die *Financial Times* umfassend über den G20-Gipfel in Cannes Anfang November 2011, als Nicolas Sarkozy noch Frankreichs Präsident war. Da sich Deutschland stets gegen eine verbotene Staatsfinanzierung durch die Europäische Zentralbank wandte, soll der damalige US-Präsident Obama Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds ins Gespräch gebracht haben. Wichtig ist nur, dass Merkel laut *Financial Times* damals in „Tränen ausgebrochen“ sei (tearful breakdown). Sie habe gesagt: »Das ist nicht fair. Ich kann nicht gegen die Bundesbank entscheiden. Das kann ich nicht machen.« Zitieren wir die *Financial Times* wörtlich: »**Das ist nicht fair.**“ *That is not fair, the German chancellor said angrily, tears welling in her eyes. “Ich bringe mich nicht selbst um.” I am not going to commit suicide.*«⁸⁴⁰

Am Ende kamen gigantische Staatsanleihenkäufe der EZB und das Bankenestablishment war wieder einmal am Ziel. Bereits vor diesem für Merkel angeblich tränenreichen Gipfel im November 2011 hatte sie im Juni 2010 der Gründung des EFSF-Rettungsfonds zugestimmt. Am 29. Juni 2012 beschlossen Bundestag und Bundesrat den ESM-Rettungsschirm. So kam, was der US-Präsident Obama und Frankreichs Präsident Sarkozy von Merkel wollten! Gemeint ist eine Brandmauer mit deutscher Steuerkraft im Rücken zur Stabilisierung des Euro-Schuldenkartenhauses. Selbst der Koalitionsausschuss der Bundesregierung hatte das alles wohl nur noch abzunicken. So ist das deutsche Parlament gegenwärtig nicht nur durch die Parteispitzen der Regierungsparteien in den wirklich wichtigen Fragen machtlos.

Innenpolitisch sind die Parteien jedoch mächtig in der Sicherung der eigenen Pfründe. So stiegen die Zuwendungen für parteinahe Stiftungen wie der Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU oder der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD von 38 Millionen Euro im Jahr 1970 auf 581 Millionen Euro im Jahr 2017. Wären die Stiftungsgelder nur wie die Verbraucherpreise gestiegen, also zum reinen Ausgleich der Geldentwertung, hätten die parteinahen Stiftungen 2017 nur 130 Millionen abkassieren können.⁸⁴¹

840 Peter Spiegel, *Financial Times*, How the euro was saved, 11. Mai 2014
<https://www.ft.com/content/f6f4d6b4-ca2e-11e3-ac05-00144feabdc0?siteedition=intl#axzz31RlhCsHi>

841 Deutscher Bundestag, Drucksache 19/503, 23. Januar 2018, Seite 6 bis 12, Zuwendungen 1970 bis 2017,
Link: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/005/1900503.pdf>
Bundestag.de, Drucksache 12/4425, Staatsfinanzierung der parteinahen Stiftungen aus dem Bundeshaushalt 1965-1992, Tabelle 24, Seite 77,
Link: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/12/044/1204425.pdf>



Quelle: Deutscher Bundestag, Destatis, Daten bis 2017 ⁸⁴⁰

Mit Angela Merkels Wahl zur Bundeskanzlerin am 22. November 2005 begann ein starker Wiederanstieg der Zuwendungen des Staates an parteinahe Stiftungen. Seit 2005 stiegen diese um 83%, während der gesamte Bundeshaushalt nur um 27% zulegte und die Geldentwertung offiziell nur bei 18% lag.

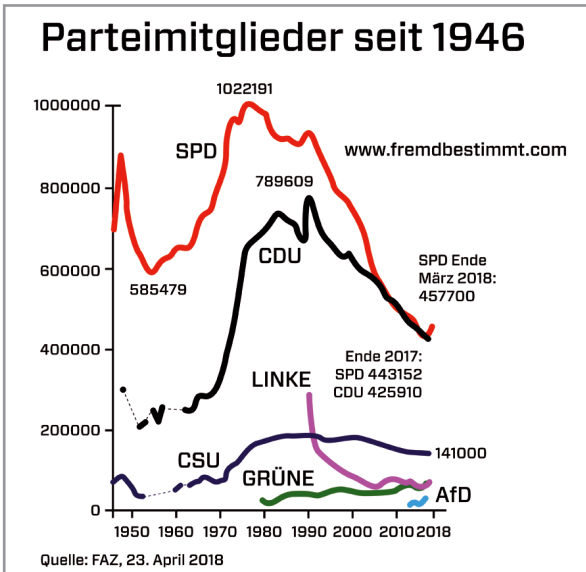
Jahr	Parteinahe Stiftungen in Mio. Euro	Bundeshaushalt in Mrd. Euro	Verbraucherpreisindex
2005	318,1	259,8	86,2
2017	581,4	329,1	102,0
Anstieg	+82,8%	+26,7%	+18,3%

Die Staatsgelder für die Fraktionen im Deutschen Bundestag stiegen von 4,9 Millionen Euro im Jahr 1968 auf 115,3 Millionen Euro.⁸³⁸ Ein Zuwachs von 2.252%, während die Geldentwertung nur 267% betrug.

Parteien sind Selbsterhaltungssysteme, wie bereits erwähnt, der *Spiegel*-Bestsellerautor Richard David Precht so treffend umschrieb. Parteitagebeschlüsse werden von der Bundeskanzlerin missachtet. Die Interessen des Finanzestablishments gaben den Ausschlag für die Euro-Rettung. Entgegen vollmundiger Versprechen und des Maastrichter Vertrages kam es zu den Euro-Rettungsfonds wie zuletzt dem ESM. Nur wenige Politiker stimmten am 29. Juni 2012 gegen den ESM wie Wolfgang Bosbach (CDU), Klaus-Peter Willsch (CDU), Peter Gauweiler (CSU) und Frank Schäffler (FDP).

Der Preis ist eine zunehmende Entfremdung von Parteien und dem Wahlvolk. In den 70er-Jahren hatte die SPD über 1,022 Millionen Parteimitglieder und Ende 2018 kommt sie nach einem Verlust von 5.000 Mitgliedern binnen eines Jahres auf nur noch 437.754.

Die CDU hatte einmal in der Spitze 789.609 Mitglieder und Ende 2018 nach einem Jahresverlust von 11.000 waren es nur noch etwa 415.000.



Quelle: FAZ, 23. April 2018

Selbst die FAZ berichtete 2018 unter der Überschrift „Bürger beurteilen Demokratien äußerst kritisch“ über das Ergebnis der internationalen Umfrage mit mehr als 125.000 Befragten in 50 Ländern, die „Rasmussen Global“ und die „Alliance of Democracies“, interessanterweise zwei mit dem früheren NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen verbundene Organisationen, in Auftrag gegeben hatten.

51% aller Befragten dieser Studie sagen, dass »ihre Stimme selten oder nie gehört« werde. In Deutschland beklagen demnach 60% einen mangelnden Einfluss auf die Politik! In Frankreich liegt dieser Wert bei 62%, in Großbritannien bei 50% und in den USA bei 49%.

64% der befragten Deutschen sehen selten oder nie, dass ihre Regierung in ihrem Interesse handelt. Während die US-Amerikaner hier auf 66% kommen, scheinen die Russen mit 46% zufriedener mit ihrer Regierung zu sein.

45% der Deutschen beklagen, „selten oder nie“ ihre Meinung frei äußern zu können, auch wenn die meisten anderen Menschen mit ihnen nicht einverstanden sind. In Italien sind es nur 32%, in Polen 30% und in Russland die Wenigsten mit 26%.

Für Deutschland die Ergebnisse im Überblick:⁸⁴²

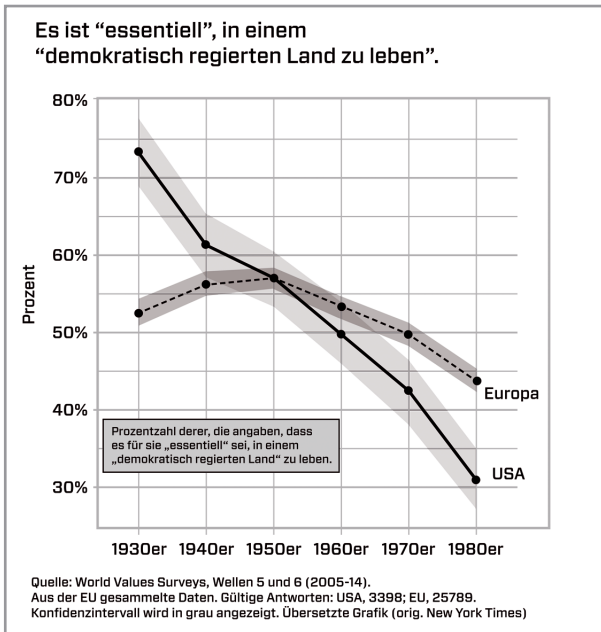
Frage:	Antworten „selten oder nie“
Glauben Sie, dass Ihre Regierung in Ihrem Interesse handelt?	64 %
Glauben Sie, dass Ihre Stimme von der Politik gehört wird?	60 %
Fühlen Sie sich frei, Ihre Meinung zu politischen Themen in der Öffentlichkeit zu äußern, auch wenn die meisten anderen Menschen mit Ihnen nicht einverstanden sind?	45 %
Haben Sie das Gefühl, dass die Nachrichten, die Sie lesen oder sehen, Ihnen ausgewogene und neutrale Informationen liefern?	49 %

Im Jahr 2016 berichtete die *New York Times* über eine Studie von Yascha Mounk von der Harvard University und Roberto Stefan Foa von der Universität im australischen Melbourne. Sie ermittelten, dass in den USA 72% der vor dem Zweiten Weltkrieg Geborenen auf einer Skala von 1 bis 10, wie »wesentlich es für sie ist, in einer Demokratie zu leben«, den höchsten Wert ankreuzen. In den Niederlanden sei dies bei 55% der Fall. Bei den seit 1980 Geborenen sind es in den Niederlanden jedoch nur noch 33% und in den USA 30%.

Ebenfalls interessant ist, dass bei den Umfragen für Europa noch 1990 48% der befragten 16- bis 35-Jährigen sich an der Politik interessiert zeigten und 2010 dieser Wert auf 38% gefallen ist. In den USA nahm das politische Interesse im gleichen Zeitraum in der gleichen Altersklasse von 53% auf 41% ab.⁸⁴³

842 Alliance of Democracies & Dalia & Rasmussen Global, Democracy Perception Index 2018 <http://www.allianceofdemocracies.org/wp-content/uploads/2018/06/Democracy-Perception-Index-2018-1.pdf>

843 Amanda Taub, The New York Times, How Stable Are Democracies? 'Warning Signs Are Flashing Red', 29. November 2016



Erschreckend ist auch, dass sozialistische Utopien in der Bevölkerung immer beliebter werden. In den USA ergab eine im Oktober 2018 veröffentlichte Umfrage unter den zwischen 1980 bis 1999 Geborenen, dass 46 Prozent lieber in einem „sozialistischen“, 6 Prozent in einem „kommunistischen“ und 8 Prozent sogar in einem faschistischen Land leben wollen.⁸⁴⁴ Dass in der Vergangenheit alle sozialistischen Experimente wie jüngst in Venezuela und auf deutschem Boden in der DDR krachend scheiterten, wird von allzuvielen Menschen verdrängt.

Sofern der Rückzug der meisten Wählerinnen und Wähler in die bequeme Komfortzone möglich ist, können sich die heutigen politischen Eliten noch sicher fühlen. Spätestens bei einer großen Wirtschafts- und/oder Finanzkrise kann und wird die Stimmung vermutlich schnell umschlagen. Unter der Oberfläche gärt es, wie diese Studien offenbaren. Wenn darauf weiterhin mit einer Ausgrenzungsstrategie gegenüber Kritikern des eingeschlagenen Weges geantwortet wird, steht uns eine große Demokratiekrise bevor. Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf. Wir müssen der Demokratie neues Leben einhauchen.

844 Victims of Communism, Third Annual Report on US Attitudes Toward Socialism, 30. Oktober 2018
<https://www.victimsofcommunism.org/2018-annual-report>



Warum wir die Interessen unseres Volkes wieder durchsetzen müssen und wie wir es tun

In seiner Live-Fernsehansprache am **8. Januar 2019** ging US-Präsident Donald Trump auf die Vorwürfe ein, seine Forderung nach dem Bau einer Mauer zu Mexiko sei „unmoralisch“. Dazu sagte Trump:

Wenn »einige eine Barriere unmoralisch nennen, warum bauen dann wohlhabende Politiker Mauern, Zäune und Tore um ihre Häuser?«

Die Vermutung liegt nahe, dass Trump damit Nancy Pelosi, Demokratin und Sprecherin des Repräsentantenhauses, meinte. Sie lebt laut der *Welt* »dem Vernehmen nach in einer Gated Community«. Entlarvt dies nicht die Doppelmoral vieler Mitglieder des politischen Establishments? Leider sind nicht alle US-Bürger in der Lage, in derartigen Gated Communities zu leben.⁸⁴⁵

Im Kapitel 9.2 zur gemeinsamen Währung Europas erfuhren wir bereits: Der *Telegraph*⁸⁴⁶ berichtete im Jahr 2000, in einem Memo der europäischen Sektion vom 11. Juni 1965 sei dem Vizepräsidenten der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Robert Marjolin, geraten worden, die Währungsunion heimlich (!) zu verfolgen.

Wurde das Deutsche Volk gefragt, ob es den Euro will? Dass die Meinungsumfragen damals ein deutlich ablehnendes Bild widerspiegeln, wissen wir bereits.

Die vom *Telegraph* ans Tageslicht beförderten Dokumente bestätigen, was sonst nur als Verschwörungstheorie gelten würde! Der Plan einer europäischen Währung wurde geheim seit Jahrzehnten verfolgt! Ist das der einzige geheime Plan der Elite?

845 Daniel Friedrich Sturm, Die Welt, Das Sensationelle an Trumps Rede ist das, was er nicht ausspricht, 8. Januar 2019
<https://www.welt.de/politik/ausland/article186769180/Donald-Trumps-Rede-an-die-Nation-Sensationell-ist-was-er-nicht-sagt.html>

846 Telegraph, Ambrose Evans-Pritchard, 19. September 2000, "Euro-federalists financed by US spy chiefs"
<https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/1356047/Euro-federalists-financed-by-US-spy-chiefs.html>

Betrifft dies vielleicht auch Freihandelsabkommen, die man auch als Konzernermächtigungsgesetze bezeichnen könnte? Warum müssen derartige Abkommen oft eine vierstellige Seitenzahl aufweisen? Große supranationale Konzerne treiben unsere Regierungen vor sich her.

Erinnern wir uns an die Aussage des bedeutenden 1. Karlspreis-Trägers Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi in seinem Werk „Praktischer Idealismus“:
»**Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein.**«⁸⁴⁷

Wer hat darüber in Europa abgestimmt? Ist die Entwicklung Europas eine zwangsläufige, wie es Coudenhove-Kalergi uns glauben machen will? Er schreibt: »Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen.«⁸⁴⁷

Es scheint also eine gar nicht durch Menschen zu beeinflussende Entwicklung zu sein. Dies ist mitnichten der Fall! Japan ist der Beweis, dass es jahrzehntelang auch anders ging. Das *Handelsblatt* berichtete im September 2018:
»Von 2009 bis 2017 hat sich das Verhältnis von aus- zu inländischen Arbeitnehmer auf 1 zu 51 mehr als verdoppelt.«⁸⁴⁸

Vor 2009 lag der Anteil ausländischer Arbeitskräfte also bei rund einem Prozent. In der Überschrift des Artikels steht: »Der Ausländeranteil in Japan ist gewollt gering.« Der Anstieg in den letzten Jahren ist den Interessen der großen japanischen Konzerne geschuldet, die auf der Suche nach Arbeitskräften sind.
Das Geld steht also hinter den Entwicklungen und nicht das Volk!

Ist die Frage erlaubt, ob No-Border-Linke Lakaien des Kapitals sind? Denn sie bedienen die Interessen des Kapitals an billigen Arbeitskräften. Migranten treten als Konkurrenten im Niedriglohnsegment gegenüber Einheimischen auf.

Was geschieht im Gegensatz zur Nachkriegsentwicklung Japans bis 2009 hingegen in Europa, besser gesagt in Westeuropa, und nicht in Polen, Ungarn oder Russland?

847 R. N. Coudenhove-Kalergi, *Praktischer Idealismus*, Paneuropa-Verlag, Wien - Leipzig 1925, Seite 22 und 23
Downloadlink zum Buch: <https://b-ok.cc/book/3654378/8d4457>

848 Martin Kölling, *Handelsblatt*, Japan holt mehr Ausländer ins Land, 10. September 2018

»Zum Zweiten, dass wir hier ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen, dies wird, glaube ich, auch klappen.«

Yascha Mounk in den Tagesthemen der ARD, Sendung vom 20. Februar 2018, ab Minute 26:25

Link: <https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tt-5821.html>

Yascha Mounk schreibt in seinem Buch „Echt, Du bist Jude?: Fremd im eigenen Land“:

»Was wir jetzt in Deutschland - und in ganz Europa versuchen, ist dagegen einzigartig. Nie in der Geschichte der Menschheit hat ein Volk, dass sich jahrhundertlang über seine Abstammung definierte, in großem Ausmaß Einwanderer in seine Nationalgemeinschaft aufgenommen. Es ist also wenig verwunderlich, dass dieses Experiment auf Widerstand stößt. ... Den Weg, den wir nun einmal eingeschlagen haben, müssen wir auch zu Ende gehen. Denn die Alternativen sind allesamt abstoßend.«⁸⁴⁹

Wer entscheidet darüber, dass die Alternativen abstoßend sind? Ist das Leben in Polen oder Ungarn nicht lebenswert? Dort entscheiden sich die Menschen mehrheitlich für den Schutz ihrer Nation, ihrer Kultur und Identität.

Barbara Lerner Spectre ist Gründungsdirektorin von „Paideia – The European Institute for Jewish Studies“ in Schweden. Sie lebt mit ihrem Mann, dem Rabbiner Philip Spectre, seit 1999 in der schwedischen Hauptstadt Stockholm. Am 23. Dezember 2010 sagte sie in IBA News (= Israel Broadcasting Authority): *»Ich glaube, es gibt ein Wiederaufleben des Antisemitismus, weil Europa bisher nicht gelernt hat, multikulturell zu sein, und ich denke, wir werden Teil der Geburtswehen dieser Umwandlung sein, die stattfinden muss! Europa wird nicht mehr aus monoethnischen Gemeinschaften bestehen, wie es noch im vorigen Jahrhundert der Fall war... Wir Juden werden eine zentrale Rolle dabei spielen. Es ist eine riesige Umwandlung für Europa zu bewerkstelligen, das jetzt in einen multikulturellen Modus gelangt - und uns Juden wird die dabei führende Rolle übel genommen. Aber ohne diese führende Rolle und ohne diese Umwandlung wird Europa nicht überleben.«⁸⁵⁰*

849 Yascha Mounk, "Echt, du bist Jude? FREMD IM EIGENEN LAND", eBook KEIN&ABER, Kindle, Pos. 2724 und 2735 von 3149

850 IBA News, 23. Dezember 2010

Es gibt ein Aufleben des Antisemitismus, weil Europa bisher nicht gelernt hat, multikulturell zu sein? Ist dies nur Unsinn oder gezielte Irreführung? Weiß da jemand genau, was er da redet?

Dem jüdischen Volk ist der Schutz seiner Identität wichtig. Dies können wir daran ablesen, dass der Deutschlandfunk im Februar 2016 berichtete:

»Insgesamt gibt es in Israel 660.000 Menschen, die hier nicht heiraten können.«⁸⁵¹

In Israel ist eine standesamtliche Heirat nicht möglich und die Religionsgemeinschaften sind somit zuständig. Für jüdische Hochzeiten ist das Oberrabbinat zuständig. Aus dem Artikel geht hervor, dass selbst russische Einwanderer nicht heiraten dürfen, die *»zwar aufgrund ihrer Vorfahren ein Recht auf Rückkehr haben, aber für das Oberrabbinat nicht jüdisch genug sind.«* Im Jahr 1999 berichtete *Der Spiegel* über die Einschränkung des Rückkehrrechts in Israel. Der Minister für Diaspora-Angelegenheiten habe einen Gesetzentwurf zur Verschärfung des seit Jahrzehnten unangetasteten „Rechts auf Rückkehr“ vorgelegt. Den Grund nennt *Der Spiegel*: *»Alarmiert wurden die Politiker durch eine Statistik, nach der 1999 mehr als die Hälfte der 65 000 Neubürger aus den GUS-Staaten nicht zur jüdischen Glaubensgemeinschaft gehören.«⁸⁵²*



Quelle: *Der Spiegel*, Israel: Rückkehrrecht eingeschränkt, Ausgabe 52/1999, Seite 25

851 Lissy Kaufmann, Deutschlandfunk, Heiraten in Israel: Die Macht des Oberrabbinats, 25. Februar 2016 https://www.deutschlandfunk.de/heiraten-in-israel-die-macht-des-oberrabbinats.886.de.html?dram:article_id=346589

852 *Der Spiegel*, Israel: Rückkehrrecht eingeschränkt, Ausgabe 52/1999, Seite 25

Am 1. Juli 2019 sagte Israels Bildungsminister, Rafi Peretz, während einer Kabinettsitzung, die Assimilation von Juden auf der ganzen Welt und vor allem in den USA sei »wie ein zweiter Holocaust«. Die Assimilation sei »eine Herausforderung für die jüdische Kontinuität und die Identifikation der Diaspora mit Israel und muss Teil der Debatte sein. Die Kommentare von Minister Peretz sind allerdings beleidigend und wenig hilfreich«, verurteilte der American Jewish Congress (AJC) die Aussage. Vorgeworfen wurde ihm die Trivialisierung der Shoah, aber nicht das Motiv der Aussage.⁸⁵³

Die Nazis hatten am 15. September 1935 das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre erlassen, das auch als Nürnberger Rassegesetz bekannt ist. Am 23. Dezember 1935 erschien im Organ des Reichspropagandaministers Dr. Goebbels, „Der Angriff“, ein Interview mit dem damals führenden Staatszionisten Georg Kareski. In einem Bericht des Instituts für Zeitgeschichte findet sich nur, Kareski habe unter der Überschrift „Reinliche Scheidung sehr erwünscht“ betont, die Nürnberger Rassegesetze erfüllten auch alte zionistische Forderungen.⁸⁵⁴ Unter der Zwischenüberschrift „Mischehen auch eine jüdische Sorge“ wurde in dem Interview die Frage gestellt, was er vom jüdisch-völkischen Standpunkt zu den Rassegesetzen zu sagen habe. Lesen wir seine Antwort:

»Die ungeheure Bedeutung eines gesunden Familienlebens bedarf auf jüdischer Seite keiner Erläuterung. Wenn das jüdische Volk sich zwei Jahrtausende nach dem Verlust seiner staatlichen Selbständigkeit trotz fehlender Siedlungsgemeinschaft und sprachlicher Einheit bis heute erhalten hat, so ist dies auf zwei Faktoren zurückzuführen: Seine Rasse und die starke Stellung der Familie im jüdischen Leben. Die Lockerungen dieser beiden Bindungen in den letzten Jahrzehnten waren auch auf jüdischer Seite Gegenstand ernster Sorge. Die Unterbrechung des Auflösungsprozesses in weiten jüdischen Kreisen, wie er durch die Mischehe gefördert wurde, ist daher vom jüdischen Standpunkt rückhaltlos zu begrüßen. Für die Schaffung eines jüdischen Staatswesens in Palästina behalten diese beiden Faktoren, Religion und Familie, eine entscheidende Bedeutung.«⁸⁵⁵

853 Jüdische Allgemeine, Rafi Peretz nennt Ehen mit Nichtjuden »zweiten Holocaust« - ADL und AJC sind empört, 18. Juli 2019
<https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/amerikanische-juden-kritisieren-israels-bildungsminister/>

854 Institut für Zeitgeschichte (Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte), Ein nützlicher Feind, Jahrgang 37 (1989), Heft 3, Seite 380
https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_3_1_nicosia.pdf

855 Klaus J. Herrmann, Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen, Carl Heymanns Verlag KG, München 1969, Seite 10

Welche deutschen Politiker wollen dem jüdischen Volk das Recht auf den Schutz seiner Identität absprechen? Da ich zum Existenzrecht Israels klare Worte fand, dürfte dem Leser meine Einstellung klar sein. Jeder Staat, jede Nation und jedes Volk hat ein Recht, die eigene Kultur, die eigene Sprache und die eigene Identität zu schützen. Überlassen wir daher den Völkern die Entscheidung. Dieses Recht auf Selbstbestimmung gibt es jedoch nur über direkte Demokratie! Wer etwas anderes behauptet, der sagt die Unwahrheit. Große Konzerne und ihr großes Geld werden stets über den heute für jeden sichtbaren aufgeblähten Lobbyismus Parteien und Politiker gefügig machen. Nur das Volk ist gegenüber Lobbyisten und ihren Partikularinteressen unbestechlich!

»Kanzler Kohl sagte, [...] Über die nächsten vier Jahre werde es notwendig sein, die Zahl der Türken um 50 Prozent zu reduzieren - aber er könne dies noch nicht öffentlich sagen«, so Helmut Kohl laut einem im Jahre 2013 veröffentlichten britischen Geheimdokument.⁸⁵⁶ Das 30 Jahre lang geheim gehaltene Gesprächsprotokoll vom 28. Oktober 1982 gibt den Meinungs austausch eines Treffens von Helmut Kohl mit der damaligen britischen Premierministerin Margret Thatcher, ihrem Privatsekretär A. J. Coles und Kohls langjährigem Berater Horst Teltschik wieder. Kohl habe laut dem Dokument gesagt, Deutschland habe kein Problem mit den Portugiesen, den Italienern, selbst den Südasiaten, weil diese Gemeinschaften sich gut integrierten. **»Aber die Türken kämen aus einer sehr andersartigen Kultur«,** so Kohl demzufolge. Warum machte Helmut Kohl jedoch seinen Plan nicht öffentlich und warb nicht dafür? Selbst das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* schrieb damals: **»Immer mehr Bürger betrachten die Immigranten als Last für die Sozialsysteme und Konkurrenten um ihren Job, 58 Prozent der Deutschen plädieren 1982 in einer „Infas“-Umfrage dafür, die Zahl der Ausländer zu verringern.«**⁸⁵⁶ Kohls Amtsvorgänger, Helmut Schmidt, wurde im Sommer 1982 im *Stern* mit der eindeutigen Aussage zitiert: **»Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze.«** Was hinderte Helmut Kohl trotz des vom *Spiegel* festgestellten damaligen Stimmungsbildes der deutschen Bevölkerung an der Veröffentlichung seines Planes? Das Volk ist unbestechlich gegenüber Lobbyisten und kann nicht leicht erpresst werden.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind in Kommunen und Bundesländern möglich. Bei zentralen Fragen wie dem Euro, der Zukunft der Europäischen

856 Claus Hecking, *Der Spiegel*, Britische Geheimprotokolle: Kohl wollte offenbar jeden zweiten Türken loswerden, 1. August 2013 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kohl-wollte-jeden-zweiten-tuerken-in-deutschland-loswerden-a-914318.html>

Union oder der Migrationspolitik muss doch endlich mehr Demokratie gewagt werden. Nur so können die Klüngeleien des Establishments aufgebrochen werden.

In der Schweiz kann die Bevölkerung einen Volksentscheid mit 100.000 Unterschriften auf den Weg bringen. Würde die Schweizer Regierung beispielsweise Gold verbieten, könnten die Eidgenossen ihrer Regierung die rote Karte zeigen. Die Bürger können sich wehren und sind eben nicht wehrlos. In unserer Parteiendemokratie können wir uns so gut wie gar nicht Gehör verschaffen. Eine Massenbewegung für die Möglichkeit bundesweiter Volksbegehren und Volksentscheide muss keine Utopie sein. Alle etablierten Parteien haben Angst davor. Es ist die Furcht vor einem Machtverlust. Gewinner wären jedoch die Demokratie und wir alle. Bei vielen Themen könnte der Einfluss der Lobbyisten zugunsten der Bürger zurückgedrängt werden. Die Brüsseler Technokraten könnten uns nicht mehr alles ungefragt und unwidersprochen überstülpen. Es gäbe sicher eine Schärfung der Argumente und ein Ende des Geredes von der Alternativlosigkeit. Ein Wettbewerb um die besseren Ideen wäre die Folge.

Wir brauchen in Deutschland eine Volksbewegung für direkte Demokratie. *»Wenn Wahlen etwas ändern würden, dann wären sie verboten.«* Dieses Zitat stammt angeblich von Rosa Luxemburg oder Kurt Tucholsky. Die Schweiz ist ein Beispiel für erfolgreiche Volksbegehren und Volksentscheide. Warum soll einem Volk mit über 80 Millionen Menschen verwehrt werden, was ein Volk mit über 8,4 Millionen Einwohnern (wovon 2,1 Millionen Ausländer sind, darunter fast 303 000 Deutsche) **seit 1891** erfolgreich praktiziert? Nur die Angst der Elite vor dem Volk lässt sie gegen diese Form der Beteiligung des Volkes an Entscheidungen wettern. Es ist ja auch einfacher, in trauter Runde im Bundeskanzleramt zu entscheiden, was die Parteisoldaten in den Bundestagsfraktionen dann zu schlucken haben. Leichter ist es auch, in den Runden der EU-Staats- und Regierungschefs einsame Brüsseler Entschlüsse zu fassen, über die die Völker Europas nicht ihre Stimme abgeben dürfen.

Wenn wir den vorbildlichen Weg der Schweizer für direkte Demokratie gehen wollen, können wir an die Parteien im Deutschen Bundestag appellieren, Artikel 29 des Deutschen Grundgesetzes um nationale Volksentscheide und Volksbegehren zu ergänzen.

Oder aber wir gehen einen Weg, den die westlichen Alliierten bis zur Deutschen Wiedervereinigung bewusst versperrt hatten. Dank des ehemaligen Bundesministers und Architekten der Ostpolitik des Bundeskanzlers Willy Brandt, Egon Bahr, wissen wir davon. Brandt sollte - wie im Kapitel 10 bereits geschildert und mit einer höchst seriösen Quelle belegt - zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten. Laut Egon Bahr hatten die Inhaber der unkündbaren (!) Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, also außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Verfügungshoheit verstanden. Das habe sogar für den Artikel 146 gegolten, der nach der deutschen Einheit eine Verfassung anstelle des Grundgesetzes vorsah.

Sollten die Parteien nicht freiwillig das Grundgesetz ändern, brauchen wir eine Massenbewegung für Direkte Demokratie. Setzen wir uns dann für eine deutsche Verfassung über den Grundgesetzartikel 146 ein und sorgen dafür, dass das deutsche Volk auf nationaler Ebene über Volksbegehren und Volksentscheide nach Schweizer Vorbild wieder ein selbstbestimmtes Volk wird und seine Identität schützen kann.

»Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: Art 146

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.«⁸⁵⁷

Wenn wir der Demokratie neues Leben einhauchen, unsere Identität bewahren und unsere Interessen gegenüber supranationalen Konzernen schützen wollen, gibt es nur einen Weg!

Holen wir uns die Entscheidungsgewalt des deutschen Volkes zurück.

857 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: Gesetze im Internet
https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_146.html